

NACHRICHTEN

DAS WETTER

Off trübe, aber auch nicht sehr nass

Das feuchtkalte Wetter kommt jetzt doch nicht so schnell wie eigentlich angekündigt. An den Küsten und im Süden bis zum Alpenrand gibt es neben Nebelfeldern und Wölkchen auch längeren Sonnenschein. Sonst bleibt es meist trüb oder neblig, bis auf ein leichtes Nieseln wird es aber nicht sonderlich nass. Die Höchsttemperaturen erreichen bei länger anhaltendem Nebel nur 5 bis 8, sonst noch einmal 10 bis 13, an den Alpen mit Föhn bis zu 15 Grad.



SERBISCHE SCHÜLERIN

Für Abschiebung aus der Klasse geholt

KARBEN/DARMSTADT | Nach Ablehnung ihres Asylverfahrens ist eine 16-Jährige im hessischen Karben aus der Klasse ihrer Schule geholt und zusammen mit der Mutter nach Serbien abgeschoben worden. „Das ist vom Umstand her unglücklich gelaufen“, sagte ein Sprecher des Regierungspräsidiums Darmstadt am Mittwoch. „Die Flüge waren aber schon gebucht.“ Die Behörde ist in Hessen für die Abschiebung von Asylbewerbern zuständig. Serbien ist als sicherer Herkunftsstaat eingestuft. (dpa)

REICHSBÜRGER

Todesschütze hatte Kontakt zu Polizisten

NÜRNBERG | Überraschende Erkenntnisse im Fall der Todeschüsse von Georgensgmünd: Der verdächtige 49 Jahre alte „Reichsbürger“ hatte vor der Tat Kontakt zu zwei Polizeibeamten gepflegt, wie Ermittler gestern in Nürnberg mitteilten. Nach einer Durchsuchungsaktion seien beide Polizisten sofort suspendiert worden. Der Mann hatte Mitte Oktober in Georgensgmünd auf Beamte eines Spezialeinsatzkommandos geschossen und dabei einen 32-jährigen Polizisten tödlich verletzt. (dpa) **Meinung + Diskussion SEITE 12**

AKTEN GESCHREDDERT

Verfassungsschützer doch im Visier

KÖLN | Die Staatsanwaltschaft Köln ermittelt nun doch gegen den Verfassungsschützer Lothar Lingen, der am 11. November 2011 – an diesem Tag wurde der NSU bekannt – die Akten von sieben V-Leuten schreddern ließ. Diese Aktion ist zwar gerade verjährt. Ermittelt wird laut Staatsanwaltschaft nun aber wegen der Vernichtung eines weiteren Ordners, die wenige Tage später erfolgte. Bis heute ist unklar, warum Lingen schredderte und was in den Akten stand. Angehörige eines NSU-Opfers hatten Lingen angezeigt. (taz)

HEBAMMENVERBAND

Deutschland gehen die Kreißsäle aus



Wohin? Foto: dpa

BERLIN | Der Hebammenverband warnt vor der Schließung weiterer Kreißsäle. 2014 habe es nur noch 725 Krankenhäuser mit Geburtshilfe gegeben, so der Verband gestern. Seitdem seien 44 weitere Kreißsäle geschlossen worden oder schlossen bald. 1991 habe es noch 1.186 Krankenhäuser mit Geburtshilfe gegeben. Jede Frau müsse am Wohnort oder in der Nähe Hebammenhilfe bekommen können, hieß es. Gründe für die Schließung seien Finanzierungsprobleme durch die geringe Geburtenzahl auf dem Land und fehlende Hebammen. (epd)

„Populisten aller Länder, vereinigt euch“

DEBATTE Im Bundestag zeigen sich Regierung und Grüne entsetzt über die US-Wahl – und über eine Schelte aus der Linkspartei



Harte Worte: Sahra Wagenknecht nannte die Politik der Bundesregierung „fatal“ Foto: Bernd von Jutrczenka/dpa

AUS BERLIN VALERIE HÖHNE

Dem von Donald Trump propagierten Nationalismus hat Bundeskanzlerin Angela Merkel am Mittwoch eine klare Absage erteilt. „Offenheit wird uns mehr Sicherheit bringen als Abschottung“, sagte sie während der Generaldebatte des Bundestags. Wie weitere PolitikerInnen der Großen Koalition und der Grünen äußerte sie sich erschüttert über die Wahl des designierten US-Präsidenten.

„Populismus und politische Extreme nehmen zu“, warnte Merkel. Die Meinungsbildung erfolge heute anders als früher, vor allem durch das Internet würden Falschnachrichten verbreitet. Sie wolle keine einfachen Antworten finden, stattdessen wolle sie die Globalisierung gestalten. „Das ist das, wofür ich werbe“, sagte die Bundeskanzlerin. Sie sei „nicht froh“ darüber, dass das transpazifische Abkommen wahrscheinlich keine Realität würde. Man müsse Lösungen finden, um Globalisierung „gerecht zu gestalten“.

Scharf attackierte Sahra Wagenknecht, Fraktionsvorsitzende der Linken, die Bundesregierung. Deren „fatale Politik“ sei der Grund für die Spaltung Europas. Der künftige US-Präsident Donald Trump habe „wirtschaftspolitisch mehr drauf als Sie“. Er habe verstanden, „dass staatliche Industriepolitik besser ist als billige Dienstleistungs-jobs“. Der „American Dream“ sei

Trump habe wirtschaftspolitisch mehr drauf als die Bundesregierung

auch hierzulande längst ausgeträumt. „Das ist nicht das Ergebnis der Naturgewalt Globalisierung, sondern politischer Entscheidungen“, sagte Wagenknecht. Sie forderte, den Sozialstaat wiederherzustellen – sonst müsse man sich „den Trumps und Le Pens“ nicht moralisch überlegen fühlen.

Das gefiel dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Thomas Oppermann überhaupt nicht. Er sei überrascht, dass Wagenknecht dem künftigen Präsidenten etwas abgewinnen könne. „Früher hieß es: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! Heute heißt es: Populisten aller Länder, vereinigt euch!“, sagte er, „Ihre Antwort auf den Populismus von

rechts ist mehr Populismus von links“. Nach einem Bekenntnis zu Rot-Rot-Grün im Bund klang das nicht.

Die Trump-Wahl habe die westliche Welt erschüttert, sagte Oppermann. Der Rassismus sei schon im Wahlkampf unerträglich gewesen, nun aber sei er zu einer Gefahr geworden. An einem vereinten Europa sei Trump nicht interessiert, schließlich habe er nach seiner Wahl als Erstes den britischen Europafeind Nigel Farage getroffen.

Der Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter warnte vor einem Schub des Nationalismus und der Ressentiments angesichts der Wahl Donald Trumps. Man dürfe Rassismus, Frauenfeindlichkeit und Homophobie keinen Platz lassen. „Wir müssen uns gemeinsam den Demagogen, den Nationalisten und den Autoritären entgegenstellen“, sagte er.

Es bräuchte eine sozial und ökologisch gerechte Globalisierung. Merkels „Sie kennen mich“ werde im kommenden Jahr als Wahlkampfstrategie nicht mehr funktionieren. Die Spaltung des Landes habe sie nicht stoppen können. „Sie hatten zehn Jahre Zeit, fangen Sie doch wenigstens jetzt damit an“, forderte der Fraktionschef der Grünen die Kanzlerin auf. Das wiederum klang nicht danach, dass sich der Parteienlinken 2017 ein schwarz-grünes Bündnis ohne Weiteres vorstellen kann. **Meinung + Diskussion SEITE 12**



„Er hat für mich gebürgt“

SALAFISTEN Im Prozess gegen Sven Lau hat der Kronzeuge ausgesagt, der Angeklagte habe für ihn den Kontakt zu syrischen Terroristen hergestellt

DÜSSELDORF taz | Im Prozess gegen Salafistenprediger Sven Lau hat am Mittwoch der Kronzeuge der Bundesanwaltschaft ausgesagt und Lau schwer belastet. Vor dem Staatsschutzsenat des Düsseldorfer Oberlandesgerichts sagte Ismail I., Lau habe ihn nicht nur zur Ausreise nach Syrien ermutigt, er habe auch persönlich den Kontakt zu seinem Schleuser und dem Kommandanten einer deutschen Gruppe der Terrororganisation Jamwa hergestellt. „Er hat für mich gebürgt, dafür gesorgt, dass ich in die Gruppe aufgenommen werde“, sagte I.

Lau ist wegen Unterstützung der Jamwa angeklagt, einer in Syrien tätigen Terrororganisation, die sich inzwischen dem „Islamischen Staat“ angeschlossen hat. Er soll Anlaufstelle für Kampf- und Ausreisewillige im Großraum Düsseldorf gewesen sein und zwei Männer an die Jamwa vermittelt haben.

Der 26-jährige Zeuge I. sitzt in der Justizvollzugsanstalt Schwäbisch Hall ein, das Oberlandes-

gericht Stuttgart hat ihn im März 2015 zu vier Jahren und sechs Monaten Haft wegen Mitgliedschaft in der Terrororganisation Jamwa verurteilt. Laut Urteil war er auch an Kämpfen beteiligt.

Nach I.s Aussage lernte er Lau im Sommer 2013 auf einer Pilgerreise nach Mekka kennen, der Prediger erzählte ihm von seinem Hilfskonvoi nach Syrien und dass sein Freund Konrad S. dort einer deutschen Kämpfergruppe vorstehe. I. signalisierte, dass er auch nach Syrien ausreisen wolle, um Widerstand zu leisten. „Er hat mich ziemlich ermutigt. Es sei in Syrien nicht so schlimm wie in den Medien dargestellt“, sagte I. vor Gericht. Auch habe Lau den Dschihad und den Tod in ein schönes Licht getaucht. Lau habe ihn häufiger aufgesucht, auch mal zum Essen eingeladen. Schließlich vereinbarten die beiden, dass I. im nächsten Hilfskonvoi nach Syrien reise. „Du gehörst zu den besten Männern der Welt“, soll Lau gesagt haben.

Nach I.s Rückkehr von der Pilgerreise habe Lau sofort über WhatsApp Kontakt zu ihm aufgenommen und ihn zu sich nach Mönchengladbach eingeladen. „Er wollte nicht, dass ich wieder Wurzeln schlage.“ Als es dann Schwierigkeiten mit dem Konvoi gab, habe Lau mit seinem Telefon einen Schlepper angerufen. Mit dessen Hilfe reiste I. schließlich nach Syrien, wo er sich der Jamwa-Gruppe von Konrad S. anschloss. Lau selbst habe die Gruppe später besucht.

Allerdings hat I. seit seiner Festnahme widersprüchliche Aussagen gemacht, mitunter auch nachweislich gelogen. Er hatte Personen erfunden oder falsch benannt, worauf der Vorsitzende Richter Frank Schreiber hinwies. „Woran kann man erkennen, was Sie ernst meinen und wovon man lieber die Finger lässt?“, fragte er den Zeugen. Wie viel Glauben das Gericht dessen Aussagen am Ende schenkt, wird entscheidend für das Urteil sein. **SABINE AM ORDE**

SPD beendet „Rent-a-Sozi“

SPONSORING Sozialdemokraten reagieren auf empörende Enthüllungen

BERLIN taz | Die SPD gibt sich zerknirscht: Einen Tag nach den ZDF-Enthüllungen über verkaufte Gesprächstermine mit Spitzenpolitikern ziehen die Sozialdemokraten erste Konsequenzen. „Wir werden die Bundestagsverwaltung bitten, die Vorwürfe umfassend zu prüfen. Außerdem werden wir eine interne Untersuchung des Sachverhalts vornehmen“, erklärte am Mittwochmittag Dietmar Nietan, Bundesschatzmeister Partei. Schon jetzt sei klar: „Vorwärts-Gespräche“ – ob mit oder ohne Sponsoring – wird es in Zukunft nicht mehr geben.“

Einem ZDF-Bericht zufolge organisiert ein Tochterunternehmen der SPD Gesprächsrunden mit Politikern der Partei. Lobbyisten und Wirtschaftsvertreter können für mehrere tausend Euro als Sponsoren der Veranstaltungen auftreten, an den Gesprächen teilnehmen und dort mit SPD-Politikern ihrer Wahl in Kontakt kommen. Teilgenommen haben unter anderem Regierungsmitglieder wie Justizminister Heiko Maas.

Schatzmeister Nietan beteuert nun, seinen teilnehmenden Genossen sei nichts vorzuwerfen. „Die Politikerinnen und Politiker, die in der Vergangenheit an ‚Vorwärts-Gesprächen‘ teilgenommen haben, wurden nicht



Krise im Willy-Brandt-Haus Foto: Peter Nicholls/reuters

über die Art und Weise informiert, wie die Gespräche vermittelt werden.“ Von den Geschäftspraktiken der Organisatoren hätten sie nichts gewusst.

Die Mitteilung des Schatzmeisters ist die erste offizielle Stellungnahme der Sozialdemokraten, seitdem die Vorwürfe am Dienstagmorgen bekannt wurden. Einzelne SPD-Abgeordnete hatten sich allerdings schon vor Nietan geäußert. So schrieb der Bundestagsabgeordnete Karl Lauterbach auf Twitter: „Sponsoring sofort einstellen!“ Er selbst habe nie an den Veranstaltungen teilgenommen – „an keinem der Gespräche, damit das klar ist“.

Die Organisation LobbyControl fordert nun von der SPD, die Angelegenheit komplett aufzuklären. „Die Ergebnisse der angekündigten internen Untersuchung muss sie für die Öffentlichkeit transparent machen“, sagte Kampagnenmitarbeiterin Annette Sawatzki. Außerdem müsse die SPD „eine gesetzliche Regelung für das Parteinisponsoring auf den Weg bringen“. Nach Angaben der Bundestagsverwaltung verstoßen die SPD-Geschäfte nicht gegen derzeitige Vorgaben zur Parteienfinanzierung, da sich die Rechenschaftspflicht nicht auf Sponsoring bei Tochterunternehmen beziehe. **TOBIAS SCHULZE**